

Großfreiburg mit halbherziger Zweisprachigkeit?

Der Bund der angestammten deutschsprachigen Minderheiten in der Schweiz BADEM ist darüber befremdet, dass die konstituierende Versammlung an ihrer Sitzung vom 21. April 2021 vom bisherigen Konzept der amtlichen Zweisprachigkeit für die geplante Fusionsgemeinde Grossfreiburg abgerückt ist. Das ist ein falsches Signal, welches dem Rufe der Stadt schadet und auch das Fusionsprojekt selbst gefährdet.

Die Stadt hat sich mit ihrem durchgängigen Bildungsangebot in französischer und deutscher Sprache einen Namen gemacht und damit ein Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Vom Kindergarten an bis zu den Fachhochschulen und zur Universität bietet Freiburg Schulung sowohl auf Französisch als auch auf Deutsch; eine ganze Reihe von Kursen und Ausbildungsgängen ist seit einiger Zeit zweisprachig. Eine so konsequente Zweisprachigkeit in der Bildung gibt es sonst in der Schweiz in keiner andern Stadt; außerhalb des Landes finden wir etwas Vergleichbares erst wieder in Bozen und Brüssel.

Für die Stadt stellt sich jetzt die Frage, ob sie sich als stolze, aufgeschlossene Gemeinde positionieren will oder als ängstliches, kleinliches Bollwerk einer eifersüchtigen Gesinnung von Leuten, welche der deutschsprachigen Bevölkerung Freiburgs nur wenig Verständnis entgegenbringen und für deren Sprache und Kultur Geringschätzung oder sogar Feindschaft empfinden. Eine solche Haltung würde schlecht passen zu einer Stadt, die sich selbstbewusst als eigenständiges Zentrum zwischen Lausanne und Bern behaupten will.

Die Sprachenfrage kann in Freiburg nicht gelöst werden, indem Französisch zur alleinigen Amtssprache erklärt wird und Deutsch zur Sprache zweiter Klasse degradiert wird. Ein solches Vorgehen würde auch die bedeutende deutschsprachige Minderheit, die es in der Stadt seit ihrer Gründung ununterbrochen gibt, in unzulässiger Weise herabsetzen. Eine anteilmäßig kleinere, aber dennoch beträchtliche angestammte deutschsprachige Minderheit gibt es übrigens auch in den andern Gemein-

den, die mit der Stadt fusionieren wollen. Die einzige valable Alternative zu einer offiziellen Zweisprachigkeit wäre der Verzicht auf eine ausdrückliche Nennung der Amtssprachen. Mit der bisherigen amtlichen Einsprachigkeit wurde oft verhindert, dass deutsche Flurnamen amtlich wurden im Grundbuch und auf Karten oder zweisprachig erscheinen - und somit „inexistent“ bleiben vor der Öffentlichkeit, völlig geschichtswidrig.

Großfreiburg kann nicht amtlich nur französischsprachig und pragmatisch erfolgreich zweisprachig sein. *Pragmatisch* heißt 'sachbezogen', und zu einer pragmatischen Zweisprachigkeit gehört es auch, dass Gesetze, Verordnungen und andere wichtige Erlasse in beiden Sprachen veröffentlicht werden. Da bleibt kein Platz für eine offizielle Einsprachigkeit, mit welcher der Eitelkeit einiger Leute Genüge getan werden soll.

Die Verwirklichung der amtlichen Zweisprachigkeit Freiburgs ist überfällig. Ein kantonales Sprachengesetz ist dazu nicht nötig, weder für die bisherige Stadt Freiburg noch für die geplante Fusionsgemeinde. Ein weiterer Aufschub ist der deutschsprachigen Minderheit nicht zumutbar.

Es ist zwar schade, dass nicht auch Düdingen bei der Fusion mitmacht und das neue Großfreiburg ziemlich südwestlastig wird. Dennoch ist die amtliche Zweisprachigkeit geboten. Diese gefährdet weder die sprachlichen Mehrheitsverhältnisse noch bringt sie unverhältnismäßige Kosten mit sich. Bruxelles/Brüssel, Helsinki/Helsingfors und weitere Städte und Dörfer Finnlands und auch Südtirols belegen das. Vielmehr kann die Erstellung zweier Fassungen von offiziellen Texten zur größeren Klarheit und Eindeutigkeit der Dokumente beitragen.

Die Schweiz hat die europäische Sprachencharta ECRM ratifiziert und sich zu deren Umsetzung verpflichtet. Dazu gehört auch die rechtliche Gleichstellung von Französisch und Deutsch.

BADEM Bund der deutschsprachigen Minderheiten in der Schweiz

badem-schweiz.ch

René Wyß-Wolf, Präsident